

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Rüstung, Rohstoffe und Westdeutschland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Rüstung, Rohstoffe und Westdeutschland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 2, pp. 10-12

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131254>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Rüstung, Rohstoffe und Westdeutschland

Gerechte Maßstäbe der Rohstoffverteilung

Die allgemeinen Grundsätze, welche in Kapitel VI der Havanna-Charta für zwischenstaatliche Abkommen über Grundstoffe vorgesehen sind, können für die gegenwärtige Rohstoffpolitik sinngemäß angewendet werden, insbes. Art. 60, 1 c) und d): gerechte Behandlung, gleichberechtigte Teilnahme sowohl derjenigen Länder, die an der Einfuhr oder dem Verbrauch des betreffenden Grundstoffes, als auch derjenigen Länder, die an seiner Ausfuhr oder Produktion wesentlich interessiert sind.

Der Grundsatz der gerechten oder gleichmäßigen Verteilung läßt indessen die Frage nach der Beziehung, in welcher eine Gleichmäßigkeit erzielt werden soll oder nach dem Verteilungsmaßstab offen, auch die „Dringlichkeit des Bedarfes“ ist im Grunde eine inhaltsleere Redensart, da hierfür jeder objektive Maßstab fehlt.

Der Bedarf für Rüstungszwecke und der zivile Bedarf sind durchaus unvergleichbar, zumal ersterer nach der jeweiligen politischen Lage — sozusagen nach den Schlagzeilen der Tageszeitungen — verschieden hoch eingeschätzt werden müßte. Dem könnten die Verwendungsrichtlinien der „Central Group“ der internationalen Rohstoffverteilung entsprechen.

Der unmittelbare Rüstungsbedarf kommt für Deutschland offenbar nicht in Frage. Die international geregelten Rohstoffbezüge hätten daher vom deutschen Standpunkt dem zivilen Eigenbedarf und dem Exportbedarf zu entsprechen. Dies führt zur Berücksichtigung der vorhandenen Verarbeitungskapazität. Je mehr soziale Erwägungen mitwirken, um so mehr tritt neben den Bedarf der Verbraucher die Beschäftigung der Arbeitskräfte als besondere Form des Rohstoffbedarfes. Dieser Beschäftigungsbedarf kann nach der unmittelbaren Verarbeitungskapazität z. B. der Zahl der Spindeln in den Spinnereien nicht beurteilt werden, da die Weiterverarbeitung ihrerseits besondere Berücksichtigung erfordert. Um den einzelnen Erzeugungs-

stufen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, müßte ihr Beschäftigungsbedarf einzeln ermittelt und müßten nach diesem die Zwischenprodukte von Land zu Land weitergegeben werden, womit Transportleistungen verursacht würden, deren Wirtschaftlichkeit zumindest zweifelhaft wäre. Über jeden Wirtschaftler müßte sozusagen ein Planungsbürokrat gestellt werden. Es wäre geradezu utopisch, durch Planung von oben her zu einer richtigen Rohstoffverteilung gelangen zu wollen. Dieser Weg würde mit Sicherheit zu Lähmung, Zusammenbruch und ins Chaos führen.

Dagegen könnte ein Interessenausgleich der unmittelbar beteiligten Industrien nach dem Vorbild internationaler Kartelle eine zweckmäßige Rohstoffverteilung erreichen. Derartige Abkommen, welche jede Diskriminierung vermeiden müßten, erfordern (wie der Schumanplan zeigt) mitunter schwierige Verhandlungen, doch könnte unter dem Druck der Verhältnisse und mit Unterstützung seitens der Organisation der UN. oder des Marshallplanes eine von den Beteiligten anerkannte, daher tragfähige und erträgliche Regelung erzielt werden.

Ein Ausweichen auf bisher weniger benützte Rohstoffmärkte dürfte nur ausnahmsweise Erfolg ver-

sprechen. Wie die von Indien und Pakistan eingeführten Ausfuhrzölle auf Baumwolle und die indische Jutebewirtschaftung zeigen, sind die abseits der Wirtschaftspolitik der USA. stehenden Länder bestrebt, aus der Rohstoffknappheit Nutzen zu ziehen, gewissermaßen die Rolle der schwarzen und grauen Märkte gegenüber den bezugsregulierten Rohstoffmärkten zu übernehmen. Die Preiserhöhungen müssen deutsche Einkäufer infolge der Devisenknappheit besonders behindern, die Erschwerung des Ausweichens kann die deutsche Stellung beim Aushandeln von Rohstoffquoten ungünstig beeinflussen.

Dagegen könnten die deutschen Stellen auf die deutschen Rohstofflieferungen verweisen: Durch die erzwungenen Kohlen- und Kokslieferungen hat sich der Anteil der gewerblichen Rohstoffe an der deutschen Ausfuhr gegenüber der Vorkriegszeit ungefähr verdoppelt. Den gebundenen Kohlen- und Kokspreisen steht die beträchtliche Preissteigerung für eingeführte Rohstoffe gegenüber, ein auf die Dauer unerträglicher Zustand. Neben der Sicherung angemessener Rohstoffquoten ist daher die Herstellung eines angemessenen Verhältnisses zwischen den Preisen der eingeführten und ausgeführten Rohstoffe eine unabdingbare Notwendigkeit. (tt)

Schwedische Meinung über die Rohstoffverteilung

Aus Stockholm

In Kriegszeiten ist es selbstverständlich, knappe Waren durch Zwangsverteilung auf eine für das Volksganze sinnvolle Weise zu verwenden. Wenn Friede herrscht, wird es in demokratischen Staaten in der Regel psychologisch unmöglich, Rationierungs- und Verteilungsmaßnahmen einschneidender Art aufrecht zu erhalten. Mit größten Zweifeln vernahm daher die westeuropäische Welt im vergangenen Herbst die Signale von außen, die zu einer internationalen Rohstoffverteilung mahnten. Die bisherigen internationalen Rohstoffkonferen-

zen strandeten auch regelmäßig an den natürlichen Meinungsverschiedenheiten u. a. zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern.

Nur der wirtschaftlichen Europakommission der Vereinten Nationen ist es gelungen, eine Verteilung zu beschließen. Sie betrifft Kohle und hat viel Mißvergnügen hervorgerufen. Die ECE-Kommission betont daher geflissentlich, daß die Verabredung die Regierung nicht für die Zukunft bindet. Die OEEC. hat durch ihre Organe das gesamte Rohstoffgebiet untersuchen lassen, ohne im Grunde genommen zu einem anderen Ergebnis zu

HAMBURG 1

BALLINDAMM 9

Tel.-Adr.: Grünmax-Hamburg

MAX GRÜNHUT

SPEDITION UND COMMISSION

(gegr. 1891)

BREMEN

OBERNSTRASSE 45-47

Tel.-Adr.: Grünhut-Bremen

ÜBERSEEISCHE VERTRETUNGEN in

NEW YORK — LONDON — RIO DE JANEIRO — SAO PAULO — BUENOS AIRES

kommen, als daß die verschiedenen Fragen von internationalen Konferenzen behandelt werden sollten. Das Ergebnis solcher Konferenzen dürfte doch in den meisten Fällen sehr mager werden, so wie es die Rohwollkonferenz vor einiger Zeit erwiesen hat. Bricht ein neuer Weltkrieg aus, wird eine Zwangsverteilung auch international eine Notwendigkeit. Man wird da auf die Form der Combined Raw Material Boards zurückgreifen müssen, die sich im Laufe des zweiten Weltkrieges zwischen USA., Großbritannien und Frankreich ausbildete. Es muß zugegeben werden, daß es bedenklich ist, mit einer solchen Verteilung bis zum Kriegsausbruch zu warten. Ohne Zwang wird jedoch keine Verteilungsmaßnahme respektiert werden.

Im neutralen Ausland, namentlich in Schweden, hat man die Überzeugung gewonnen, daß Westdeutschland bei einer jeden internationalen Rohstoffzuteilung besonders zu berücksichtigen ist. Mehr als je ist Westeuropa auf das reibungslose Arbeiten des deutschen Industrieapparates angewiesen. Es liegt im europäischen Interesse, daß Deutschland genügend Rohstoffe erhält. Es liegt auch im Gesamtinteresse, daß Deutschland Möglichkeit geboten werde, nicht nur seine Produktion weiterzusteuern, sondern diese auch dort im Ausland abzusetzen, wo es für die deutsche Rohstoffversorgung am geeignetesten ist. Mit steigender Verwunderung konstatiert man daher u. a. in Schweden, daß sich gewisse interalliierte Behörden noch immer in die Exportpolitik Deutschlands einmischen.

In gewissen Rohstoffen ist eine internationale Verteilung überhaupt nicht zu erwarten. Das interessante Gebiet der Papiermasse (Zellulose)

hat sich u. a. schon als Tabu erwiesen. Einer der wichtigsten Erzeuger, Finnland, liegt ja außerhalb der westlichen Sphäre. Auch Holz wird aus ähnlichen Gründen wahrscheinlich nicht zwangsverteilt werden können, so lange Friede herrscht. Schweden denkt auch nicht daran, einer Zwangsverteilung von Eisenerz beizutreten, denn es gibt Verbraucher sowohl westlich als östlich des eisernen Vorhangs. Schwedens Haltung auf diesen Gebieten, wie Großbritanniens in der Wollfrage, macht es verständlich, daß nach neutraler Auffassung auch Westdeutschland eine gewisse Be-

wegungsfreiheit innerhalb eines eventuellen internationalen Verteilungssystems erhalten müsse. Schwedisches Erz ist nur gegen deutschen Koks käuflich. Zellulose und Holz werden gern gegen typische deutsche Industrieprodukte eingehandelt, deren Herstellung durch Rohstofflieferungen von anderer Seite sicherzustellen ist.

Die Welt braucht deutsche Erzeugnisse, namentlich jetzt, da die Aufrüstung überall die verfügbaren Arbeitskräfte dezimiert. Deutschlands Export muß im Weltinteresse gefördert und demgemäß behandelt werden. (-y)

Amerikanische Kriegswirtschaft und Westdeutschlands Wirtschaftspolitik

Die USA. haben im letzten halben Jahr ihre durch Wettbewerb gesteuerte Marktwirtschaft mit einem festen Gerüst von Teilplanungen zur Sicherung einer langfristig optimalen Entwicklung aller wehrwirtschaftlich bedeutenden Kräfte durchgezogen. Man begann mit Steuererhöhungen und Krediteinschränkungen, Verwendungsverboten und -einschränkungen für rüstungswichtige Rohstoffe, beschleunigte den Aufbau einer strategischen Rohstoffreserve und entwickelte insbesondere für die Eisen- und Stahlindustrie ein Prioritätensystem. Der Wohnungsbau, die Automobil-, die Kühlschrank-, Fernseh- und Rundfunkapparaterstellung werden eingeschränkt, die Preise für Konsumgüter steigen scharf an, und nicht zuletzt wird eine wachsende Zahl von jungen Amerikanern zum Wehrdienst eingezogen.

Um dem inflationistischen Druck zu begegnen und die Staatsausgaben nicht unnötig zu erhöhen, wurde zum Jahresende ein Lohn- und Preisstop angeordnet, der das wichtigste Instrument einer marktwirtschaftlichen Koordinierung der produktiven Kräfte nach wenigen Jahren uneingeschränkter Wirk-

samkeit wieder kaltstellte. Die Rückkehr zum Festpreissystem ist bis jetzt noch unvollkommen, eine Fülle von Umgehungs- und Anpassungsmöglichkeiten bestehen immer noch.

Diese Maßnahmen — um nur die wichtigsten zu nennen — bedeuten für das amerikanische Volk beachtliche Opfer, wie man sie nur in Notzeiten zugunsten eines idealen Zieles zu tragen bereit ist.

Man fordert und erwartet von den Atlantikpaktpartnern sowie von Westdeutschland ähnliche Anstrengungen zum Schutze der Freiheit der westlichen Welt, die auch unsere Wirtschaftspolitik stark beeinflussen.

Die ersten internationalen Rückwirkungen sind in dem Plan für eine internationale Rohstoffkontrollbehörde zu sehen, die vorerst für Nichteisenmetalle, Wolle, Baumwolle und Schwefel die Verteilung vornehmen und die Erzeugung überwachen soll. Dadurch könnte der weltinflationistische Preisanstieg gemildert bzw. angehalten und so der bisher noch nicht allzu wirksame amerikanische Preis- und Lohnstop wirkungsvoll unterstützt werden.

In Westdeutschland wurde durch das Wirtschaftssicherungsgesetz die

Grundlage zu einer Verbrauchslenkung leichter Hand geschaffen, die sich vorläufig auf wichtige NE-Metalle beschränken wird. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich aus den geringen Ausweichmöglichkeiten und gewissen Bedenken gegenüber einer Einschaltung der Verbandsbürokratie zur billigen und sachverständigen Durchführung von Anordnungen. Der starke Auftragsüberhang, zumal in der Investitionsgüterindustrie, wird zwangsläufig ein erweitertes Prioritäten-

system nach sich ziehen. Die Gefahr der Bildung schwarzer und grauer Märkte wird bei einer lückenhaften Erfassung wachsen. Die starken Disproportionalitäten sowohl in der Produktion als auch im Preissystem werden die Notwendigkeit der Korrektur mancher offiziell noch festgehaltener Preise erforderlich machen, bevor man überhaupt an ein Einfrieren von Löhnen und Preisen denken kann. Diese Maßnahme müßte für den äußersten Notfall vorbehalten bleiben. (-p-)

Das unbequeme Rüstungsprogramm in England

Aus London

Wenn jemals ein Rüstungsprogramm bei den ausführenden Organen der Wirtschaft einschließlich ihrer tragenden Schultern, der Arbeiterschaft, unbeliebt gewesen ist, dann das neue britische Rüstungsprogramm. Selbst propagandistischen Verrennkungskünsten dürfte es nicht gelingen, aus dieser Aufrüstungswelle (mit 4,7 Mrd. £ Verteidigungsausgaben Großbritanniens über die nächsten drei Jahre) ein „willkommenes Arbeitsbeschaffungsprogramm“, eine Krisenverhinderung durch Waffenproduktion oder etwas ähnliches zu machen. Es gehört im Gegenteil nicht viel Phantasie dazu, um sich auszumalen, wie störend dieses Programm für eine vollbeschäftigte und dabei auf steigende Ausfuhren für kostspieliger werdende Einfuhren angewiesene Wirtschaft sein muß.

Sprechen wir einmal konkret: Die britische Auto-Industrie hat 1950 ihre Erzeugung an Kraftwagen um rund ein Viertel erhöht. Sie stellte 522 000 Personenkraftwagen und 263 000 Nutzfahrzeuge her. Davon wurden insgesamt 544 000 oder fast 70 % exportiert. Der Wert der Exporte zog von 177 auf 266 Mill. £, also ziemlich genau um 50 % an. Erhebliche Teile der Exporterlöse kamen aus Dollarländern. Vor allem in Kanada begannen die britischen Exportanstrengungen bessere Früchte zu zeitigen, während selbst in den USA. wider Erwarten und trotz wachsenden einheimischen Angebots noch steigende britische Kraftwagenumsätze erzielt wurden.

Jetzt kommt mit der Aufrüstung eine ganz erhebliche Einschränkung der Zuteilungen an Stahlblechen —

noch immer ein Engpaß in der nach besten Kräften gesteigerten britischen Stahlerzeugung — und damit die Notwendigkeit, zunächst für das erste Vierteljahr 1951 in den meisten großen Werken zur Kurzarbeit — meist Viertageweche — überzugehen. Das Produktionsprogramm für den Binnenmarkt ist für 1951 auf zwei Drittel der Lieferungen des Vorjahres gekürzt worden. Den Export möchte man auf Vorjahreshöhe halten, wenn auch von der Industrie bezweifelt wird, ob sich dies durchführen lassen wird. Schließlich hat die britische Regierung nicht ohne Grund sich auf ein Verhältnis von 3 : 1 zwischen Ausfuhr und Binnenmarkt als Richtschnur eingelassen: auch der aufnahmefähigste Exportmarkt braucht als Rückgrat einigen Inlandsumsatz, um technische Entwicklung, Absatzapparat und öffentliches Interesse aufrechtzuerhalten.

Doch selbst wenn es gelingen sollte, den Export auf dem Stand von 1950 zu halten, so birgt das einen erheblichen, doppelten Verlust für England in sich. Einmal dürften die Exportpreise für Kraftwagen — die seit Anfang des Jahres bereits um einige Prozent gestiegen sind — nicht mit den Erhöhungen der Einfuhrpreise Schritt halten. Also die gleiche Zahl ausgeführter Kraftwagen kauft praktisch weniger Einfuhren. Und außerdem wird eine günstige Konjunktur für britische Kraftwagen im Ausland verpaßt.

Was hier ausführlich für die sehr export-expansive britische Kraftwagen-Industrie geschildert wurde, trifft in ganz ähnlicher Weise für alle anderen Metallverarbeiter zu, von der Maschinenindustrie bis zur

Kleisen-Branche. Besonders bei Maschinen sieht man eine scharfe Drosselung der Ausfuhren voraus, und man kann kaum noch eine feste Lieferfrist im Maschinenexport genannt bekommen. Und in Haushaltsartikeln hat man bereits mit Verwendungsverboten von NE-Metallen für zahlreiche Artikel begonnen, ganz abgesehen von der allgemeinen Rohstoffkürzung. Da England seinen Ausfuhrwert in diesem Jahre um mindestens 400 Mill. £ steigern muß, um die gleiche — teurer gewordene — Einfuhrmenge wie 1950 bezahlen zu können, sollen also andere Industrien in die Exportbresche springen: Textilien werden in erster Linie genannt, wobei man aus der Absicht rigoroser Kürzung der Inlandsversorgung — vorläufig noch ohne Wiedereinführung der Kleiderkarte — kein Hehl macht. Doch die Baumwollverarbeitung leidet unter den USA.-Kürzungen der Baumwollzuteilungen, die Wollverarbeitung zweifelt, ob ihre Auslandskundschaft die Wirkungen der Wollverknappung (und dem sich damit ergebenden Beimischungszwang) und der Wollverteuerung tragen kann und will.

Nicht nur die gewaltigen Umstellungen innerhalb der britischen Produktion lassen bei allen Beobachtern Bedenken verschiedenster Art über ihre Durchführbarkeit aufkommen. Es macht sich auch in zunehmendem Umfange ein Zweifel daran breit, ob die Planung der Labour-Regierung für Produktion, Arbeiteransatz und Ernährung genügend wendig und ideenreich ist.

Fleischkrise und Kohlenkrise zusammen haben sozusagen den Krug der Unzufriedenheit zum Überlaufen gebracht, und selbst die bisher so hoch geschätzte Subventionierung der Lebensmittel, deren Erhöhung von einfalllosen Gewerkschaftsvertretern soeben wieder gefordert wurde, beginnt auch in der Arbeiterschaft an Anhängern zu verlieren. Man hat also in diesem Jahre in England nicht nur mit der Frage zu rechnen, wie und wo man die Rüstungsarbeiten placieren soll, sondern auch mit der weiteren Frage, ob es wirklich im nationalen Interesse liegt, daß die theoretisierende Labourpolitik die wirtschaftspolitische Führung behält. (Gw)